

Abonnementsbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Quart:
 Wöchentlich 70 h,
 monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—.
 Zum Abholen in den Filialen, in einem
 Tabak-Trankten und Verschleißstellen:
 Monatlich K 3.—.
 Provinz und Auswärts:
 Monatlich K 3.40, vierteljährlich K 10.20
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 14.40.
 Für alle anderen dem Weltpostwesen
 angehörig Länder: Vierteljährlich K 18.—.
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Wochle
 Wenzelsplatz 27, und in den Filialen:
 I. Schulergasse 13, Telefon 9191
 II. Baumgartengasse 90, Tel. 40229
 X. Wollanplatz 6, Telefon 68244
 XIV. Wollanplatz 6, Tel. 88128
 XVII. Radnergasse 22, Telefon 17156
 XXI. Lagerstrasse 14.
 Für die an fremde Ausländer oder
 Verschleißer bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vortofrei

ung

sterreich.

er nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

hat, also eine Lösung wäre, der vom innerpolitischen Standpunkt wie, und das ist im Augenblick noch gewichtiger, vom Standpunkt der Friedensmöglichkeiten die allerstärksten Bedenken gegenüberstehen. Die Raubheit, mit der man sich entschließt, das Land Galizien, zu dessen Behauptung man einen Weltkrieg unternommen hat, dem polnischen Königreich zu überlassen, ist ohne Zweifel bemerkenswert; aber daß das eine Sache ist, die doch nicht bloß den Polenklub angeht, sondern auch die anderen Nationen, vor allem insbesondere die Ruthenen, die auf das Selbstbestimmungsrecht, in dessen Rahmen jene Uebergabe geschehen soll, doch nicht minder Anspruch haben, ist wohl klar. Wer sich nun trösten will, daß „wir“ dafür die Personalunion empfangen, der hat wohl keine Vorstellung davon, wie brüchig derlei Bindungen sind und wie wenig geeignet, sich in Weltensurmen zu behaupten; zumal diese Bindung, von der noch lange nicht feststeht, daß sie den Wünschen, Ansprüchen und Bedürfnissen des polnischen Volkes entspricht, daß sie seinen Willen ausdrückt; die überhaupt keine Sache seines Rechtes auf Selbstbestimmung ist, wohl eher der Ausfluß militärischer Macht, die diesem Recht den Ausdruck verflümmert. Im übrigen wenden sich die ernstesten Bedenken vor allem dagegen, daß unsere Lebensinteressen mit der polnischen Staatlichkeit derart verknüpft werden, daß sie dadurch in die Dienstbarkeit der polnischen Politik gelangen müßten. Wir haben weiß Gott an unseren ererbten Sorgen und Schwierigkeiten genug zu tragen, als daß wir den Wunsch haben könnten, sie noch zu mehren und schließlich ins Untösbare zu steigern! Dieses Reich wächst so schwer zusammen, die Völkerschichten, die es bilden, sind so schwierig zusammenzufügen, zusammenzuhalten; immer wieder wird der ganze staatliche Verband in Frage gestellt, daß es wohl ein unerhörtes Wagnis, ja geradezu ein Abenteuer wäre, diesem in sich noch immer nicht gefestigten, nicht beschlossenen Staatswesen, das noch immer seine Tatsachenformen sucht, die ganze Mühsal der Bildung eines neuen Staates auf die Schultern zu laden! Wir wünschen dem edlen polnischen Volke, das so viel gelitten und geduldet hat, für sein neu erwachendes nationales und politisches Leben das Beste und würden auch Opfer verstehen, um ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches zu erleichtern. Aber sein Schicksal kann sich jedes Volk nur selbst zimmern, und das polnische Volk würde durch jene Verknüpfung nicht annähernd gewinnen, was wir mit ihr als Last zu übernehmen hätten. Auch die Völker, die in diesem Staate wohnen und hier zurückbleiben, wenn die Bilanz des Weltkrieges abgeschlossen sein wird, haben das Bedürfnis nach Beseitigung ihrer politischen Stellung, nach Freiheit und demokratischer Entwicklung, die schwer gefährdet würden, wenn zu der Unruhe, die der Nationalitätenstaat erzeugt, noch die jene Verknüpfung käme, die alle seine Widersprüche und Wünsche tausendfach mehren müßte. Wir wollen lieber ein gesunder denn ein unzweckmäßig großer Staat sein.

Der polnische Plan.

Graf Czernin wird vielleicht vermutet haben, bei seiner Rückkehr von Berlin als Triumphtor begrüßt werden; wir hätten wohl in ihm, da er „uns“ „Krone Polens“ bringt, einen Mehrer des Reiches erkennen. Indessen wird die allgemeine Erregung, der Plan bei allen Nationen hervorgerufen hat, die Herrn Minister des Neuzern wohl belehrt haben, daß diese Hofidee von den Völkern in Oesterreich geradezu einmütig zurückgewiesen wird, und daß er den Hals zu legen, nicht die geringste Aussicht besitzt, in Oesterreich irgend eine Zustimmung zu finden. Das Abgeordnetenhaus, wohl erkennend, was hier seine Pflicht, wird sich mit der Frage sofort beschäftigen und diejenigen, die vermeinen, daß über Geschichte von Oesterreich und Staaten noch in geheimen Konventikeln entschieden werden könne, klar und deutlich wissen lassen, daß die Zeiten und Methoden des Wiener Kongresses vorbei sind und auch für diese Probleme eine neue Zeit angebrochen ist.

Graf Czernin läßt uns sagen, daß in Berlin ja noch nichts entschieden worden sei, es wären nur Vorgesprächen gewesen, die allerdings einen „befriedigenden Verlauf“ genommen haben. Aber das kann doch nicht bestritten werden, daß nämlich die Lösung, wie sie Graf Czernin vertritt und in Berlin empfohlen hat, erstens das Aufgehen Galiziens in dem zukünftigen polnischen Staate einschließt, zweitens eine Personalunion dieses künftigen Polenreiches mit dem österreichisch-ungarischen Gebiete im Sinne

Aber das, was diesen Plan so beängstigend macht, ist seine Rückwirkung auf die Frage des Friedens. Graf Czernin hat es wiederholt und feierlich verkündet, daß sein Ziel der Verständigungsfriede sei: ein Friede, der den Gegnern nicht durch Waffengewalt aufgezwungen, vielmehr mit ihnen in „veröhnlichem Geiste“, wie es in der Note des Kabinetts heißt, vereinbart werden soll. Die Beharrlichkeit, mit der Graf Czernin diesen einzig vernünftigen Gedanken vertreten hat, bis er ihm gegen alle entgegengegesetzten Strömungen im Deutschen Reiche zum Durchbruch verhalf, die war sein Anspruch auf staatsmännische Erkenntnis; man glaubte ihm, man vertraute ihm. Kann es ihm nun unklar sein, daß dieser Plan, der auf unzweifelhafte Annexionen hinausläuft, weitab von dem Verständigungsfrieden liegt? Niemand wird die Personalunion, die ja doch auch reale Bindungen bedingen müßte, anders denn als eine versteckte Annexion werten; und da sie ein ähnliches Unternehmen in Deutschland geradezu automatisch anklöst, wie es ja die Absicht bezeugt, Litauen und Aurland in das gleiche Verhältnis zu Preußen zu bringen, in das das Königreich Polen zu Oesterreich-Ungarn treten soll, so müßte jeder Glaube schwinden, daß die Formel: „Ohne Annexionen“ ernstlich gemeint war oder noch aufrecht ist. Umsonst, als sich die Annexionen gegen den Gegner kehren, in dem vor-

191